

SAGES, Geschäftsstelle, 3010 Bern

gever@bag.admin.ch
aufsicht@bag.admin.ch

Bern, 29. November 2024

Betreff: Ablehnende Stellungnahme zur Gebühr für Bagatellfälle in der Spitalnotfallaufnahme

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Einführung einer Gebühr für Bagatellfälle in der Spitalnotfallaufnahme wird als Maßnahme zur Entlastung der Notaufnahmen und zur Kostensenkung im Gesundheitswesen diskutiert. Aus sozialarbeiterischer Sicht gibt es jedoch erhebliche Bedenken hinsichtlich der sozialen Auswirkungen dieser Maßnahme.

Ungleichheit und Zugang zu Gesundheitsleistungen: Eine Gebühr für Bagatellfälle stellt eine zusätzliche finanzielle Hürde dar, die vor allem einkommensschwache Menschen und sozial benachteiligte Gruppen trifft. Diese Personen könnten aus Angst vor zusätzlichen Kosten auf notwendige notfallmedizinische Behandlungen verzichten, was zu einem bleibenden Gesundheitsschaden führen kann. Die Einführung einer Gebühr verschärft die Ungleichheit im Zugang zu Gesundheitsleistungen und widerspricht dem Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit.

Unkenntnis und Bildungsdefizite: Viele Menschen sind nicht in der Lage, die Dringlichkeit ihrer medizinischen Probleme richtig einzuschätzen. Dies kann auf Bildungsdefizite, fehlendes medizinisches Wissen oder Wissen zur Struktur unserer Gesundheitsversorgung zurückzuführen sein. Eine Gebühr für Bagatellfälle würde diese Unsicherheit verstärken und dazu führen, dass Menschen mit möglicherweise ernsthaften Gesundheitsproblemen nicht die notwendige notfallmedizinische Versorgung erhalten, aus Angst vor den finanziellen Konsequenzen.

Stigmatisierung und soziale Ausgrenzung: Die Einführung einer Gebühr könnte dazu führen, dass Menschen, die die Notaufnahme für Bagatellfälle aufsuchen, stigmatisiert und als «Kostenverursacher» gebrandmarkt werden. Diese Stigmatisierung kann zu sozialer Ausgrenzung führen und das Vertrauen in das Gesundheitssystem untergraben. Sozialarbeiter:innen bemühen sich darum, Stigmatisierung und soziale Ausgrenzung zu bekämpfen, weshalb die Einführung solcher Gebühren kontraproduktiv wäre.

Psychische Belastungen: Finanzielle Sorgen und die Angst, sich notfallmedizinische Hilfe nicht leisten zu können, können zu erheblichen psychischen Belastungen führen. Menschen in prekären Lebenslagen sind

ohnehin häufig mit Stress und psychischen Problemen konfrontiert. Eine zusätzliche Gebühr würde diesen Druck weiter erhöhen. Aus sozialarbeiterischer Sicht ist es wichtig, psychische Belastungen zu minimieren und den Zugang zu Unterstützungsleistungen zu erleichtern.

Unzureichende Ressourcen in der Grundversorgung: Der Fachkräftemangel und die ungenügenden Ressourcen in der Grundversorgung sind zentrale Herausforderungen im Gesundheitssystem. Anstatt eine Gebühr für Bagatellfälle einzuführen, sollte der Fokus darauf liegen, die Grundversorgung zu stärken und auszubauen. Dies könnte durch die Aufstockung von Personal, bessere Arbeitsbedingungen und gezielte Investitionen in die primäre Gesundheitsversorgung erreicht werden. Eine starke Grundversorgung kann dazu beitragen, die Notaufnahmen zu entlasten und gleichzeitig eine qualitativ hochwertige Versorgung sicherzustellen.

Des Weiteren muss der Fokus auf der Förderung von Präventionsmaßnahmen und die bessere Aufklärung der Bevölkerung über die richtige Nutzung des Gesundheitssystems liegen. Sozialarbeiter:innen können hierbei eine wichtige Rolle spielen, indem sie Aufklärungsarbeit leisten und Menschen dabei unterstützen, die richtigen Gesundheitsangebote in Anspruch zu nehmen.

Die Einführung einer Gebühr für Bagatellfälle in der Spitalnotfallaufnahme ist aus sozialarbeiterischer Sicht abzulehnen. Sie schafft zusätzliche finanzielle Barrieren, fördert Ungleichheit und soziale Ausgrenzung und belastet vulnerable Bevölkerungsgruppen psychisch und finanziell. Es ist falsch, davon auszugehen, es handle sich immer um eine Bagatelle, wenn es keine Zuweisung von Ärzt:innen, einem Zentrum für Telemedizin oder von Apotheker:innen gibt oder es nicht zu einem stationären Aufenthalt führt. Und es ist nicht nachvollziehbar, den Kantonen die diesbezügliche Entscheidung zu überlassen. Stattdessen sollten Maßnahmen ergriffen werden, die den Zugang zu Gesundheitsleistungen erleichtern und die Bevölkerung besser über die richtige Nutzung des Gesundheitssystems informieren. Dies fördert nicht nur die soziale Gerechtigkeit, sondern trägt auch zu einem effizienteren Gesundheitssystem bei. Eine Gebühr für Bagatellfälle steht im Widerspruch zur Stärkung sozial benachteiligter Gruppen und wäre ein Rückschritt in den Bemühungen um ein gerechteres Gesundheitssystem. Daher lehnen wir diese Maßnahme entschieden ab.

Freundliche Grüsse im Namen des Fachverbands für gesundheitsbezogene Soziale Arbeit SAGES



Sandro Bertschinger, Geschäftsführer